



**mouvement
écologique**

4, rue Vauban / L-2663 Luxembourg
Tél.: 43 90 30 1 / Fax: 43 90 30 43

meco@oeko.lu
www.oeko.lu

CCP LU16 1111 0392 1729 0000
BCEE LU20 0019 1300 1122 4000

11.10.2013
Paraît au moins 12 fois par an

de Kéisecker info

Périodique du mouvement écologique a.s.b.l.

Die Oekofoire bot dieses Jahr - neben ihrem kommerziellen Angebot an umweltschonenden Produkten und Dienstleistungen – die Gelegenheit im Vorfeld der Legislativwahlen eine Vielzahl an politischen Diskussionen über zentrale Fragen der Zukunftsgestaltung zu führen... Es war auch der Mix an Ständen von Nicht-Regierungsorganisationen, von offiziellen Stellen, die Wahlumfrage des Mouvement Ecologique sowie die Vorstellung der zentralen Vorschläge des Mouvement Ecologique für die nächste Legislaturperiode sowie das Beratungsangebot seitens des Oekozeners Pafendall und der Aussteller, die zu der besonderen Atmosphäre der Oekofoire beitrugen. Sie ist und bleibt eine vielfältige Begegnungs- und Diskussionsplattform. In diesem Kéisecker-Info finden Sie eine kleine Fotoreportage sowie Auszüge der Reden zur offiziellen Eröffnung.

Wahlen 2013

VIRSCHLÉI VUM MOUVEMENT ECOLOGIQUE

Editorial

Sie brauchen eine *Wahlempfehlung* seitens des Mouvement Ecologique? Unsere Statuten schreiben uns eine parteipolitische Unabhängigkeit vor, die wir uns in all den Jahren seit unseres Bestehens bewahrt haben und welche die Grundlage unserer gesellschaftlichen Rolle ist und bleibt.

Wir können Ihnen allerdings eine *Wahlhilfe* geben:

In dieser Ausgabe des Kéisecker-Info finden Sie die Antworten auf 55 Fragen, die der Mouvement Ecologique an die politischen Parteien gerichtet hat.

Das genügt Ihnen noch nicht?

Dann schauen Sie sich die *Wahlprogramme* der politischen Parteien in Bezug zu einigen unserer Grundvorstellungen an und prüfen Sie die Präzision der Aussagen der Parteien z.B. in folgenden Punkten

- mehr Transparenz und Informationszugang für die BürgerInnen;
- Hinterfragen der Notwendigkeit des kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstums;
- konkrete Maßnahmen zu einer proaktiven Bürgerbeteiligung (über Referenden hinaus!);
- Berücksichtigung ökologischer Rechte und Bürgerrechte bei der "simplification administrative";
- Grundfragen der Siedlungsentwicklung, der Klima- und Mobilitätspolitik, einer nachhaltigen Steuerreform...

Trotz einem parteiübergreifenden Konsens über eine Reihe dieser Fragen, gibt es sehr wohl Nuancen bzw. handfeste Unterschiede zwischen den Aussagen der verschiedenen Parteien, dies insbesondere was die Konkretheit der beabsichtigten Maßnahmen betrifft... Nicht überall ist "Nachhaltigkeit" drin, wo im Titel von "Nachhaltigkeit" die Rede ist...

Und bei aller Bedeutung der Legislativwahlen, vergessen Sie nicht: "Wahlen allein machen noch keine Demokratie!" (Barack Obama). Nach dem Wahltermin muss unser Engagement weitergehen...

Aluedung

Wahlowend vum Mouvement Ecologique

Sonnes, den 20. Oktober 2013 ab 18h00 an der Scheier vun der Conter Stuff
2, place de la Mairie zu Contern

Dëst Joer steet bestëmmt e spannenden Wahlowend un.

Wëllt der déi Spannung e bësje méi erdreiglech maachen, da kommt einfach op de Wahlowend vum Mouvement Ecologique an d'Conter Stuff op Contern www.conterstuff.lu.

Et sinn 2 grouss Ecran'en do fir d'Televisioun zesummen ze kucken an et ass Wifi do, wann der wëllt Ären eegene Laptop matbréngen fir aner Informatiounsquellen ze notzen.

Apéro: ab 18:00 - Buffet géint 19h30 ...open end

Buffet: (35.- €)

Entrée: Tapas an Zaloten
Haptpla: Paella mat Fesch, Mieresfriichten a Vegetareschem
Assortiment vun Dessert'en

Wëll et kéng Busverbindung owes méi spéid gëtt: Co-voiturage: Wann der lech wëllt mat aneren zesummen doen oder anerer mathuelen, da sot eis Bescheid bei der Umeldung, Nightrider: <http://www.nightrider.lu/>

Umeldung bis spéitstens Densdes, de 15. Oktober 2013 em 22h00 via email: meco@oeko.lu oder Telefon 439030-1!



„Projekt Gréng Hausnummer“

Ökologisches Bauen ist attraktiv und zukunftsweisend!

Das Wohnungsbauministerium, das Oekozer Pafendall und der Mouvement Ecologique verliehen anlässlich der Semaine nationale du Logement zum sechsten Mal in Luxemburg die „Gréng Hausnummern“. Initiiert wurde die „Gréng Hausnummer“ im Jahre 2007 von diesen drei Partner und stößt seitdem auf zunehmendes Interesse.

Wohnungsbauminister Marco Schank und Präsident des Oekozer Pafendall Théid Faber gratulierten den anwesenden Preisträger für ihr ökologisches Engagement und die Entscheidung nachhaltig zu bauen. Minister Marco Schank kündigte zudem für kommendes Jahr das neue Bewertungssystem LUNAZ (Luxemburger Nachhaltigkeits-Zertifizierung für Wohngebäude) an, welches eine Weiterentwicklung der „Gréng Hausnummer“ darstellt und zudem nachhaltiges Bauen mit Subventionen unterstützen wird.

Dem Projekt „Gréng Hausnummer“ gelang es auch in diesem Jahr die zahlreichen Vorteile des nachhaltigen Bauens aufzuzeigen und belohnte all jene Privatpersonen symbolisch, die bereit sind, in Luxemburg Häuser nach diesen nachhaltigen Standards auszurichten.

Die Personen, welche nun die „Gréng Hausnummer“ erhielten, vermitteln einerseits Mut und Lust auf zukunftsweisende Wohnformen und motivieren andererseits zum Nachahmen durch den Vorbildcharakter ihrer jeweiligen Wohnungen.

Das Wohnungsbauministerium, das Oekozer Pafendall und der Mouvement Ecologique – mit der Unterstützung des Nachhaltigkeits- und des Wirtschaftsministeriums – freuen sich, erneut 11 Hausbesitzer mit einer „Gréng Hausnummer“ ausgezeichnet zu haben. Insgesamt sind es mittlerweile über



100 Wohnhäuser, welche die Auszeichnung erhalten haben.

Einen herzlichen Dank an alle Teilnehmer!



Klima-Bündnis
Lëtzebuerg

Die Einschläge kommen näher

Konsequenzen aus dem jüngsten Bericht des Weltklimarates

„Eine Erwärmung von mehr als 1,5° vermeiden“, das ist das klimapolitische Ziel der weitaus meisten Länder der Welt. Vor allem die Entwicklungsländer haben es unterstützt, weil sie bereits jetzt stark unter dem Klimawandel zu leiden haben. Sie haben auf den Klimagipfeln dem schwächeren +2°-Ziel nur zugestimmt, weil nur so ein Konsens zu erreichen war. Nachdem der Weltklimarat (International Panel on Climate Change, IPCC) aus Klimaforschern aus allen Regionen der Erde am vorigen Freitag das „Résumé für Politiker“ seines ersten Teilberichts vorgelegt hat (und am Montag, den 30.9., die vollständige Fassung), kann man das +1,5° Ziel vergessen. Das +2°-Ziel erscheint aber bei einem sofortigen Rückgang der Emissionen immerhin noch erreichbar – wohlwissend, dass sie derzeit jährlich um gut 2,5% steigen. Insgesamt stellt dieser Bericht das aktuell vorhandene Wissen der Menschheit um den Zustand des Klimasystems in einem bisher nicht gekannten Umfang dar, und er wird von den Vertretern fast aller Staaten der Welt mitgetragen.

Gestiegene Sicherheit über steigende Unsicherheit

Die Sicherheit für die Aussagen des IPCC ist aufgrund verbesserter Datenbasis und Modellen in seinen Berichten enorm gestiegen, zum Beispiel für die Erkenntnis, dass die menschlichen Aktivitäten der Hauptgrund für die Erwärmung seit Mitte des vorigen Jahrhunderts sind: von 50% von 1995 über 66% seit 2001 und 90% in 2007 auf 95% in 2013. Auch musste der IPCC keine Vorhersagen des vorherigen Berichts verwerfen oder nach unten korrigieren, sondern leider feststellen, dass Vieles insgesamt viel schneller geht (wie der Anstieg des Meeresspiegels) oder im Tempo immer mehr zunimmt (wie das Abschmelzen des Inlandeises von Grönland). Und immer klarer wird, dass der Klimawandel sich durch positive Rückkopplungen selbst verstärkt. Die Fähigkeit der Vegetation, einen Teil des Kohlendioxids aufzunehmen und zu binden, hält nicht Schritt mit unseren Emissionen, und das prognostizierte Auftauen etwa der Hälfte der Permafrostgebiete setzt zusätzliche Treibhausgase wie Methan frei.

Fakten und Prognosen

Der herrliche Sommer 2013 hat eine Kehrseite und gibt uns – zusammen mit den Überschwemmungen im Frühjahr – einen Vorgeschmack auf das, was da auf uns zukommt: Der Juli war bei uns 2,3° Grad wärmer als im Schnitt der letzten 30 Jahre und global lag der Juli um 0,6° C über den Temperaturen, die im 20. Jahrhundert gemessen wurden. Nordsibirien mit seinen weiten Permafrostregionen verzeichnete in diesem Sommer einen Hitzerekord (siehe Karte); hier steigen seit Mitte der 70er Jahre die Temperaturen dreimal so schnell wie im weltweiten Durchschnitt (0,51° C pro Jahrzehnt gegenüber 0,17° C weltweit).

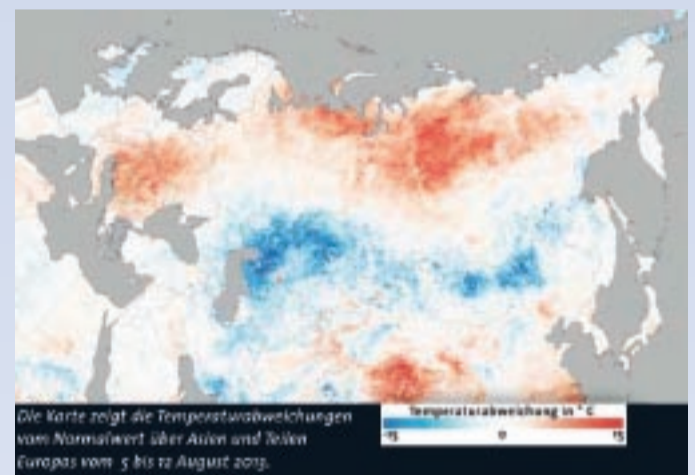
Bisher sind wir hier in Luxemburg durch geographisches Glück von Katastrophen verschont geblieben, aber das muss nicht so bleiben: Der IPCC prognostiziert für ganz Europa u.a. mehr Tage mit heftigen Niederschlägen und eine Zunahme ihrer Heftigkeit. Wir müssen mit zunehmenden Schäden durch überflutete Keller und Straßen, abgedeckte Dächer, umgestürzte Bäume und verhagelte oder durch sommerliche Trockenperioden verringerte Ernten rechnen. Auch wird Cattenom durch weniger Kühlwasser infolge sinkender sommerlicher Wasserstände der Mosel nicht gerade sicherer.

Für die neuen mitteleuropäischen EU-Mitglieder (von Tschechien bis Rumänien) sagt der IPCC in seinen regionalen Analysen und Vorhersagen einen Anstieg der Tageshöchsttemperaturen um 5 – 6° C voraus und für die Mittelmeerländer gar um 5 – 8° C sowie eine weitere Zunahme von Dürren und Waldbränden im Sommer. Der Klimawandel trifft die neuen und die südlichen Mitgliedsstaaten bereits jetzt und in Zukunft noch härter und verstärkt die Kluft innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten.

Luxemburg ist keine Insel

Diese regionalen Ungleichheiten bei den Auswirkungen und den Emissionen sind das größte Problem der globalen Klimapolitik. Dies gilt nicht nur im Weltmaßstab, wo

Klima-Bündnis



die Entwicklungsländer viel stärker betroffen sind, sondern zunehmend auch innerhalb von Europa. Der neue IPCC-Bericht verstärkt unsere Pflicht, der Klimapolitik einen viel höheren Stellenwert zu geben als bisher und uns unserer internationalen Verantwortung zu stellen. Wir müssen unsere hohen Emissionen viel mehr reduzieren und anderen, die stärker betroffen sind, helfen: Wir können nicht mehr davon ausgehen, dass die anderen EU-Staaten bei der Aufteilung der EU-Reduktionsziele und der Beiträge der EU für die Reduktions- und Anpassungsmaßnahmen der Entwicklungsländer weiterhin den für uns bisher relativ günstigen Länderschlüssel nach Bruttonationalprodukt akzeptieren werden. Wir sind gut beraten, eine drastische Wende in der Klimapolitik einzuschlagen, wenn wir nicht von außen gesehen werden wollen wie jemand, der einen Unfall mitverursacht und dann das Opfer im Graben liegen läßt und einfach weiter fährt als ginge ihn das nichts an.

Denn wir reden hier nicht mehr über Konjunktive in der Zukunft, sondern messbare Realitäten in der Gegenwart. Das neutrale Wort „Klimawandel“ selbst beschönigt die dramatische Verschlechterung unserer Lebensbedingungen, die sich wie in Zeitlupe vor unseren Augen vollzieht. Es geht hier nicht mehr um altruistischen „Umwelt“schutz, sondern um den Erhalt der Rahmenbedingungen, unter denen wir Menschen leben können; es geht um unsere Daseinsvorsorge.

Dietmar Mirkes, ASTM/Klima-Bündnis Lëtzebuerg

Aktualitéit

Oekofoire - erneut ein Publikumsmagnet

Auch wenn es die Oekofoire nun schon über ein Vierteljahrhundert gibt, so hat Sie nicht an Attraktivität verloren. Trotz gutem Wetter zog es über 13.500 Besucher in die Messehallen auf dem Kirchberg, wo rund 190 Aussteller, die die strengen Teilnahme-Kriterien erfüllt haben, ihre Produkte für den Alltag vorstellten: Vom Bauen und Wohnen, Heizsystemen, erneuerbaren Energien, Ernährung, Möbel, Spielzeug, Kosmetik, Buchhandel über Medien, Textilien, Schuhen, Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft bis hin zu Kunsthandwerk sowie Mobilität, Reisen und Freizeit.

Die offiziellen Reden zur Eröffnung hielten Théid Faber, Präsident des Oekozeners sowie Blanche Weber, Präsidentin des Mouvement Ecologique. Sie fand gerade in der Vorwahlzeit einen regen Anklang vor einem breiten Publikum aus Politikern, Vertretern der verschiedenen Ministerien und Verwaltungen, aber auch Interessenten aus der Zivilgesellschaft und von NGO's. Auszüge aus beiden Reden finden Sie untenstehend, die detaillierten Reden - auch im Videoformat - finden Sie auf www.meco.lu.

Dass die Zivilgesellschaft durchaus an Mitwirkung interessiert ist, davon zeugte auch die Oekofoire 2013: So fand die Umfrage zu zentralen Fragen der Politikgestaltung und deren Prioritäten (dies bewusst im Vorfeld der Wahlen) eine rege Teilnahme.

Auch vor dem Stand der Bauberatung des Oekozeners Pafendall sammelte sich ein interessiertes Publikum. Gerne angenommen wurde auch das Forum, bei dem unterschiedliche Fachleute eine kompetente Beratung zu Themen wie Energiesparen sowie Ernährung und Umwelt gaben. Das Kochduell „Moustriwel, Knuppekoulou a Co“ sowie die Kochshows "Frëscht Geméis aus eise Gäert - einfach, awer gutt!" der Meco-Köchin Lydie Muller-Philippy, die die Vielfalt der vegetarischen und veganen Vollwertküche unter Beweis stellten, waren richtige Besuchermagneten.

Mit gleichen Besucherzahlen wie im Vorjahr, ist der Mouvement Ecologique mit dem Ergebnis der Oekofoire 2013 sehr zufrieden. Aber auch die Aussteller mit ihren Produkten sowie

zahlreiche Organisationen aus dem Sozial- und Umweltbereich, die ihre Projekte am Beispiel von kreativen Workshops und konkreten Aktionen vorstellten, waren - wie erste Umfragen ergaben - zufrieden und sogar zu einem breiten Teil sehr zufrieden.

Auf der Homepage www.meco.lu finden Sie:

- Die Rede Théid Faber, pdf-Dokument und Video
- Rede Blanche Weber, pdf-Dokument und Video
- Fotogalerie mit Messeimpressionen
- Vegetarische und vegane Rezepte der Kochaktivitäten



Eine beeindruckende Zahl an Interessierten, politisch Verantwortlichen, Vertretern von Verwaltungen, Ministerien, Ausstellern, Mitglieder von befreundeten Organisationen sowie des Mouvement Ecologique... nahmen an der Eröffnung teil.



Auszich aus der Ried vum Théid Faber, Präsident vum Oekozeners Pafendall

Biergergesellschaft a Biergerbedeelegung - aktuell Erausforderungen un d'Politik

De Begrëff vun der Nohaltegkeet begräift jo d'Sich no engem Ausgläich vun ekologeschen, wirtschaftlechen a sozialen Interessen, mee awer och téschent de Länner vum Norden a vum Süden. Wohlwissend, datt d'Begrenztheit vun de Ressourcen an och d'Grenze vun der Belaaschtbarkeit vun dem Emweltraum dem mënschlechen Handelen Limitten setzt

an datt mer haut och mussen un déi Generatiounen vu muer denken. Wien en Ausgläich sicht téscht ënnerschiddlechen Interessen, die muss och déi aner Interessen kënnen, muss sech an d'Haut vun diene versetzen, déi aner Meenungen, aner Positionen verrieden oder en anere kulturellen Hannergrond hunn. Dat bréngt e Perspektive-Wiessel mat sech, wou ech eng Frostellung aus ënnerschiddleche Bléckwénkele kucken an nët nëmmen aus engem, mengem eegenen...

Esou e vernetzt Denken setzt Informatiounen zu allen Aspekten vun engem Saach viraus: an duerfir ass e fräien Zougang vun de BiergerInnen an Interessegruppen zu allen Informatiounen iwwert e Projet oder e Problem onëmgängelech. Mir brauchen also eng zäitgeméis Gesetzgebung nom Modell vum "freedom of information act". De Gesetzesprojet, dien am Moment virläit, zementéiert just déi aktuell Friloséit vu monche Ministeren a Verwaltungen, wann et drëm geet aktiv op de Bierger / d'Biergerin mat Informatiounen zou ze goen.

Mee: Och wann d'Informatioun eng Viraussetzung ass fir ënnerschiddlech "points de vue" ze erfassen, si ass keen Ersatz fir eng reell Partizipatioun, en direkten Austausch vun Argumenter, eng "Matsproch". Eng reell Partizipatioun geet och wäit iwwert formal Prozeduren z.B. zu engem PAG-Projet - déi natierlech hier Roll hunn - eraus. Si setzt an engem fräie Stadium un a léist Alternativen, nei Iddien, aner Weeër an engem direkten Austausch vun Meenungen an Iwwerzeugungen zou. An da geet et drëm an engem moderéierte Prozess nozelauschten, sech auszetauschen, ëm Iddien ze rénge, openeen zou ze goën...

Doduerch stellt eng verstärkte Biergerbedeelegung nët

nëmmen eng Emanzipatioun vum Bierger am 21. Joerhonert duer. Si kann zu enger méi solidarescher Gesellschaft feieren, zu enger méi grousser "cohésion sociale", wéi dat haut heescht. Sou eng Bedeelegung geschitt jo um Terrain, geschitt an engem Quartier, an engem Strooss, wou da Leit vun ënnerschiddleche Bord'en, vun ënnerschiddleche Bevölkerungs- an Altersschichten, Lëtzebuerger / Net-Lëtzebuerger, "Stack-lechternacher a Beigeproofter" hier Meenunge kënnen abréngen an zesumme nei Weeër fannen...

Eng Partizipatioun u politeschen Entscheidungsprozesser erlaabt awer och d'Komplexitéit vun der Realitéit besser ze verstoen, ze gesinn, datt et net ëmmer schwaarz - wäiss ass. Mee awer och: datt een heiansdo muss "politesch choix'en" treffen an et net jidderengem gerecht ka machen...

Et verléiert een doduerch net méi Zäit: doduerch datt d'Kaarte fräi op den Dësch kommen, datt Leit an Interessegruppen frei agebonne ginn, ka wäertvoll Zäit gewonne ginn. D'Polemik déi duerch d'Virleëe vun engem iwwerdimensionéierte PAG an dëser oder där Gemeng entstanden ass, hätt esou wuel kënnen verhennert ginn, wann ënnerschiddlech Entwécklungsoptionen am Virfeld mat de Leit diskutéiert gi wieren... De facto wier Zäit gewonne ginn...

Politesch Choix'en kënnen op déi Aart a Weis u Legitimitatioun gewannen. Wëll: Biergerbedeelegung hëlt der Politik, de gewielte Volleksverrieder näischt ewech vun hirer Roll: et ass nach ëmmer un hinnen ze entscheiden. Et geet u sech d'Sich no engem neien Demokrati-Modell, die repräsentativ a partizipativ Demokrati matenee verbënnt. Wéi kann ee Jonken, mee och allgemeng BiergerInnen erméigleche sech (méi) gesellschaftlech ze engagieren?

Oekofoire 2013



Auf insgesamt 190 Ständen gab es Informationen, Produkte, Dienstleistungsangebote und Kostproben. Viele Aussteller hatten sich bemüht, die Besucher auf originelle Weise zu erreichen und ihren Stand besonders interessant zu gestalten. Der bemannte Eisbär verfehlte seine Wirkung sicherlich nicht, Gross und Klein war begeistert von der Aktion.

Entscheidend ass mengen ech, datt Staat, Gemenge, Schoulen an aner Strukturen déi noutwendeg **Rahmbedingunge** schaaffen, wou Fräiräim an eng **Offenheet vu Strukturen an Entscheidungsprozesser** besteet fir dat ze erméiglechen.

1. **Engagement** gëtt et - ausserhalb vun de Parteien - an enger Vielfalt vun Organisatiounen: Schülercomité'en, Jugendbewegungen, Jugendhaiser, lokale Veräiner, an Net-Regierungsorganisatiounen, a soziale an a karitative Bewegungen: **d'Stärkung an Unerkennung vun dem Roll vun der Zivilgesellschaft** - där hier Grondlag den éirenamtlechen Engagement ass - muss also e wichtegt Uleies vun der Politik sinn, iwwregens och an hirem eegenen Interêt - well doraus e verdéiften gesellschaftlechen Engagement kann entstoen. Endlech z.B. e congé associatif anzeféieren, ass eng vun de Méiglechkeeten d'Zivilgesellschaft méi staark strukturell ze ënnerstetzen.

2. **Politesch Bildung am Sënn vun enger "éducation citoyenne"** gëtt et am Moment an eise Schoulen (wéi och allgemeng am Bildungssystem) bal net. Och wann dat am Koalitionsprogramm vun der aktueller Regierung steet, ass quasi näischt erfollegt. E Symptom duerfir ass, datt z.B. en héije Prozentsaz vun de befreten Schülerinnen vun den Offschlossklassen aus de Lycéeën uginn hunn, "ni" oder "seelen" sozial Ariichtungen, Betriber oder öffentlech Institutiounen besicht hun oder Diskussiounen mat Politiker, Akteuren aus der Gesellschaft... an hirer schoulescher Biographie gehat ze hunn. **D'Bildungsariichtungen** (net nëmme d'Schoul) **musse sech méi op d'Gesellschaft opmaachen**, aktuell Erausforderungen opgräifen an un den Interessen vun de Leit besonnesch Jonken usetzen:

3. Motivatioun a Loscht op Engagement kritt een awer schlussendlech baal nëmme dann, wann een **d'Méig-**

lechkeet huet, matzeschwätzen, eppes matzedeidieren, wat ee selwer, säin Emfeld betrëfft. Wann ee sech mat senge Suergen, séngen Iddieën kann abréngen. An der Schoul heescht daat eng partizipativ Schoulentwécklung erméiglechen, an enger Gemeng beim Plange vun der Zukunft vun engem Quartier oder dem PAG, Leit an engem freie Stadium mat abezéien, z.B. an extern moderéierten Biergerforen... Dat heescht um nationale Plang awer och, d'Iddië vun engem Zukunftsdësch ëmzesetzen, net nëmme déi institutionaliséiert Akteuren mee och d'Zivilgesellschaft an d'BiergerInnen anzebannen, d'Méiglechkeet vum Referendum zu wichtege Froen asetzen...

4. An doriwwer eraus, ass et vläicht och u Staat a Gemengen de Kader ze setze fir nei **sozial Bewegungen** ze erlaben, selwer hier Virstellung konkret um lokalen a regionalem Plang ëmzesetzen: dat geet vun der Iddi vu Baugruppen - nom Modell vun Tübingen - bis hin zu Gemeinschaftsanlagen am Solarenergie-Bereich, Tauschforen, Kooperativen, Gemeinschaftsgäert an anerem. Iwwert den individuellen Engagement eraus sinn do nei gesellschaftlech Weeër déi sech opmaachen.

Partizipatioun erméiglecht, datt méi BiergerInnen an (aner) Akteuren aus der Zivilgesellschaft - aus ënnerschiddleche Milieuen an Altersschichten - staark gemaach ginn, fir sech - iwwert hier legitim Eenzelinteressen eraus - a gesellschaftleche Froen anzubréngen.

Déi Diversitéit ass d'Stärkt vun enger Biergergesellschaft vu muer: si setzt op Kooperatioun, respektéiert Differenzen, weist ënnerschiddlech Weeër op, léist Meinungsprozesser zou a kann ee Schlëssel si fir eng nei politesch Kultur an dësem Land.



Aussoen aus der Ried vum Blanche Weber, Präsidentin vum Mouvement Ecologique

Hu mir Léieren aus Léiweng gezun?

Virun 2 Joer hunn ech a menger Ouverturesried hei éischt Undeutunge am Dossier Léiweng gemach. (...) Ausgeléist gouf eng regelrecht Well vun Debatten, verbonne mat engem déiwe Malaise bei ganz ville Leit wéi Politik gemaach gëtt. Stellt sech d'Fro op an de leschten 2 Joer d'Äerm genuch eropgestrëppt gi sinn fir die Gruef unzefänken ze fëllen - an op och elo an de Wahldebatten déi richteg Akzenter gesat ginn. Huele mäer e puer zentral Elemener.

D'Codes de déontologie fir héich Beamten a Politiker! Et gëtt zwar scheinbar Entwërf derfir, ma déi sinn am Ablack net öffentlech. Absolut ongewëss ass och, ob si enger Debatte ënnerzu solle ginn. Mäer hunn dat e puermol nogefrot, bei der Chamber kritt een guer keng Äntwert op e Brëif, d'zoustänneg Ministesch sot eis et géif dru geschafft. Woubäi et jo awer wierklech net kéint ugoen, datt de Staat / Politik ganz eleng hier Regeln ausschaffe géif, un déi si sech selwer mussen halen...

Den **Zougang zu Informatiounen**: no zeg Joeren huet d'Regierung endlech e Gesetzesprojet op den Dësch geluet. Ma de Gesetzesprojet regelt wuel éischerter, e bessje méi béis ausgedréckt, wéi de Staat sech virun Ufroe schützen kann... Den Théid Faber sot et schon.

Et gouf generell en Demokratiedefizit am Décisionsprozess vun diem ganzen Dossier Léiweng festgestallt, diemno **wär méi Participatioun an Austausch am Virfeld vun esou grouse Projeten** mat Leit, Akteuren noutwendeg! Am Kader vun der simplification administrative wou usteet gëtt vun esou muenchem awer scheinbar éischerter de Géigendel ugestriift: d'Leit manner abannen, souguer d'Gemenge solle manner Matsprochméiglechkeete kréien. En non-sens! (...).



Auf dem Stand des Mouvement Ecologique wurden die Wahlanregungen des Mouvement Ecologique auf eine etwas attraktivere Art und Weise dargelegt.



Am Stand der Organisatoren Mouvement Ecologique und Oekozenner Pafendall fanden die Messebesucher Literatur, Informationsmaterialien, Information zu konkreten Fragen, Beratungsangebote sowie eine Vorstellung der zentralen Wahlvorstellungen und eine Umfrage....

Eise Message un d'Politik ass: „**Loost eis als BiergerInnen mat reell Akteure vun der Politikgestaltung sinn! Assuriert e breeden Diskurs, d'Abréngung vun de Leit an engem Prozess, d'Erstelle vu Proposen, en Austausch, en dynamische Biergerstaat!**“

Weist datt verstanen ass, datt e Staat die sech par Rapport zum Bierger zou mecht iwwerholl ass – datt d'Politik muss Ouverture / Offenheet sichen an de Bierger net deelweis als Hemmschuh vun Entwécklungen gesäit. Datt den Terme vum „mëndeg“ Bierger nët vu Mutterwell ass. Datt regelrecht en anere Politikstil an d'Haus steet! En anert Verhältnis Staat – Leit.

Mäer fuerderen d'Parteien op an de Wahlen Kloertext an dësem Punkt ze schwätzen an d'Gouvernance an de Lien Staat / Bierger vun eisem Land zum zentralen Thema vun der nächster Regierung ze maachen!

En Embroch am Sënn vun enger nohalteger Entwécklung?

Wéini wa net a Wahlzeiten ass d'Geleeënheet doriwwer ze schwätzen! Grad haut gëtt de Resumé vum neien IPPC Bericht am Klimaberäich verëffentlicht, an am Virfeld sinn d'Titelzeile an de Medie ganz kloer a besonnesch alarmant: Wëssenschaftlecher zeien d'Alarmglack! Oder: Klimawissel nach méi schlëmm wéi gefaart – „fatal Suiten“! Datt eise Wirtschafts- a Gesellschaftsmodell eleng dowéinst – a weinst der Endlechkeet vu Gas an Ueleg – muss geännert ginn, steet also ausser Fro!

En anert Beispill: Mäer brauchen e Stopp vun der Zersiedlung vun der Landschaft! Och déi geet ongebremst weider, eis Uertschaften entwéckele sech bei wäitem net wéi gewollt, wéi eng Etude vum CEPS déi am Opdrag vum Nohaltekeetsministère erstallt gouf erginn huet. Leider krute mäer net de „go“ vum Nohaltekeets-Ministère fir déi Etude ëffentlech virzustellen. Niewent allen anere Problemer ass die Zersiedlung mat e Grund fir de Verloscht vun Biodiversitéit am Land. Well och déi hëllt weider of, Aartestieren geet zu Lëtzebuerg weider! De Verloscht vu guddem Buedem ass e weidere Problem!

En anert Beispill wat mech staark irritéiert huet: Weini sot e Responsable vum Waasserwirtschaftsamt – dien ech hei ausdrécklech net well ugräifen – mäer sollten driwwer nodenken fir laangfristeg eis Drénkwasserversuergungsnetzer auszubauen, well mat eise Quelle wäer net vill méi méiglech. Leitungen an Däitschland wäeren deier, et kéint een d'Waasser aus der Musel fir Drénkwaasser ze notzen (dat wäer technesch machbar, och wann et psychologesch vläit problematesch wäer an och misst gekuckt ginn wéi Stoffer aus der Industrie erausgefiltert géifen)... A mäer schwätze jorelang bal just iwwer de Waasserpräis!

Déi alleréischte Verantwortung vun der Politik muss dach den Erhalt vun de Liewensgrundlage sinn, och an Zäite vun Embroch! Natur – Waasser – Loft! Et kann net sinn, wéi de Kabarettist Pispers sot: „Klima warte noch, die Wirtschaft hat gerade keine Zeit...“ Wann et eng Verantwortung par Rapport zu de nächste Generatiounen gëtt, dann ass et dat!

Onendleche Wuesstum op engem endleche Planéit: eng Illusioun

Mais wat ass par conter am Ablack en Haaptintitulé: de Wirtschaftswuesstum als primäert ustriewenswäert Ziel, besonnesch gëtt gesot, a Krisenzäiten! Et ass schier onerdreglech, datt amplaz enger Debatt vun Zesummeffieren vun Ekologi / Economie a Sozialem weider e Modell pronéiert gëtt, datt weder geet nach sënnvoll ass! **Onendleche Wuesstum op engem endleche Planéit ass einfach eng Illusioun!** Ech hunn zwar gäre Politiker mat Visiounen, awer net Politiker wou engem Geescht nolafen! Wirtschaftswuesstum steet den ekonomesch aarme Länner besonnesch vum Süden nach zou, awer dach net eis, déi ganz uewen un der Spëtzt sinn! A wuer welle mäer wuesen? Méi verbauten Terrainen? Nach méi materielle Wuesstum?! Mäer hunn d'Ressourcen – seele Metaller, Ueleg asw – an de vermeintlech räiche Länner an dësem an dem läschte Joerhonnert a ganz kuerzer Zäit zu engem gudden Deel opgebraucht.

De Wuesstumsdogma ass eng Chimère, en Trugbild! Ech muss soen, ech verstinn et ëmmer manner an ech ginn eigentlech ëmmer méi rosen, wann ech et héieren wa Leit en als politesch Ziel nennen.

Ma vläit verstoppt sech hannert diem Wuesstumsfetichismus och eng grouss Portioun feelende Courage. Wéll esou hofft ee vläit derlaanscht ze kommen, fir déi wierklech noutwendeg gesellschaftlech Grondchoixen unzegoën! Esou laang virgegaukelt gëtt, nëmme duerch méi Wuesstum kriete mäer eise Sozialsystem ofgesechert, muss net wierklech gekuckt ginn, wéi – amplaz vu fragilen Wuesstumsraten – e wierklech laangfristeg kann ofgesechert ginn! Wou dann och misst gekuckt ginn, wien wéi e Beitrag misst leeschten. Wou vläit och méi eng héich Besteuerung vu Kapital a Spekulation mat am Virdergrond stéigen? Brauche mer net och eng aner Besteuerung vum Ressourcenverbrauch par Rapport zur Aarbecht?

A wann een um Wuesstumsdogma festhält a vermëttelt, dien duerch de Wuesstum entstanene Mehrwert wäer essentiell fir méi sozial Gerechtegkeet: jo da kennt een – obwuel dat jo erwisenermoosse net wouer ass – besser derlaanscht fir sech reell der Fro vun enger besserer Verdeelung vu Räichtum ze stellen. Well och do wäer een dann erëm bei Grondchoixen, wou ee net jiddferengem et ka gerecht maachen! Eigentlech géing ech mäer dowéinst och eng offen Diskussioun mat de Gewerkschaften zum Thema wënschen.

Duerfir: Stopp mat diem Festhaalen um Wuesstumsfetichismus, dien dowéinst esou schlëmm ass, wéll en e weider wéi bis elo, en absolut Unerkennen vun de Grenzen vun engem Planéit, vun Dimensiounen vun dëser Äerd bedeit ... a virun allem eis näischt bréngt! Jo zu éierleche gesellschaftleche Grondchoixen vun der Entwécklung! Jo zur Bereitschaft de Fong ze thematiséieren, eist Land reell ëmzegestalten an op eng nohalteg Basis ze stellen.

Sozial Gerechtegkeet an d'Fro vum „gudde Liewen“

Zu der Fro vun der Gerechtegkeet gehéiert och déi vum gudde Liewen! Ech sinn immens frou, datt op dëser Foire jonk Studente sinn wou op hier Aart a Weis derzou Froe stellen. Si weisen hei d'Iddi vun engem Glécksministère... Wat ass Gléck? Wat ass Wuelstand? Eigentlech de Fong vun allem... et misst de Fong vun enger Wahldebatt sin!! Och déi vermesst een eigentlech nach. An ech mengen et gëtt vill Leit am Land wou franchement duerno dürsten,



Moderiert von Tanja de Jager und unter der Leitung von Lydie Muller-Philippy und der Kachéquipe des Mouvement Ecologique fanden Kochshows und Kochduelle statt. Promis wie Germain Wagner, Rol Schauls, Sacha Pulli oder Thierry Hensen hatten Spass beim Kochen und liessen ihre Ergebnisse von professionellen Juroren bewerten.

Oekofoire 2013



Ob Möbel, sanfte Mobilität, Materialien für den Hausbau oder Heizsysteme, alle Bereiche des täglichen Lebens waren auf der Oekofoire vertreten.

wou mat Passioun géinge matschwätzen. D'Debatt vun der Valeur vu guddem Liewen a wat vläit politesch misst anescht lafen! Eng leidenschaftlech Debatt, wou een vleit och erem méi Jonker motivéiert kritt. Et sinn och op der Foire nei sozial Initiativen, déi ausdrécken, datt ëmmer méi Leit de Modell hannerfroen, a méi op dat sozialt, de Mateneen wéi de Konsum setzen. Ass et naiv? Vlät e bessjen. Ma desto méi richteg!

Akzeptanz fir aner gesellschaftlech Werter

Ma natierlech ass d'Fro legitim wou och mäer als Mouvement an der läscht verstärkt gestallt kréien: ass eis Gesellschaft, sinn d'Leit bereet fir dien Oproch an eng nohaltig Gesellschaft? Besteet d'Chance vun enger Akzeptanz? D'Leit hu jo a rezenten Emfroe als dringende Problem vun der Politik d'Aarbechtsplazen, de Logement an d'Pensionsproblematik asw méi heefeg genannt wéi Ekologi. As dat e Problem? Ma guer net! Wann dir Leit frot, wat hinnen wichteg ass, da nenne si wat hinnen am Ablack uewe läit. Och wann ech de Klimaschutz an alles als essentiell befannen... dat kuerzfristeg gëtt als éischt genannt! Dat ass nëmme mënschlech. Doraus d'Conclusioun ze zeien, et wär manner wichteg, wär absolut falsch! Wann een d'Frostellung scho liicht verännert a bewusst déi Langfristdimension méi eran hellt: dann ass eng ganz héich Apzeptanz fir d'Ugoë vu Langfristfroen! Do gëtt et och am internationalen X-Emfroe. Et besteet en heicht Bewusstsein fir d'Noutwendegkeet vun engem Wiessel!

Kommt mer notzen d'Zäiten a setzen déi richteg Akzenter! Mäer stellen eis de Grondfroën, Grondchoixen.. am Intéret vun de nächste Generatiounen... an och eis. **Wa mäer elo net an Zäite vun Embroch Léisungen fannen, déi laangfristeg Bestand hunn, da wäerte mäer kee stabile Gesellschafts- a Wirtschaftsmodell hunn, ma an déi nächst Kris rutschen.**

Fir eng nohaltig Siedlungsentwécklung

D'Iddi fir mam Opmaache vun de Bauperimetre eng Léisung vum Wunnensbauproblem ze fannen huet fir heich Wëlle gesuergt. Lassgeléist dervun op dat effektiv gelänge



géing, wat mäer net mengen, sting esou eng Politik an diametraler Oppositioun zu aneren Regierungszieler an zentralen Zieler vun der nohaltiger Entwécklung: Stopp der Zersiedlung, Schutz vu Buedem, Erhalt vu Natur a Landschaft, kohärent Entwécklung vun eisen Uertschaften. An et ass wuel dowéinst, firwat esou vill Leit esou opbruet wuaren: den Dossier steet och symbolesch derfir, datt mäer ALL Entscheidung en vue vu enger kohärenter Nohaltegkeetsdémarche musse gesinn. An datt mäer amplaz vu vermeintlech einfache Léisungen vu fréier (déi Problemer just verlagere...), méi an de Fong musse goen a net ëmmer Nohaltegkeetszieler dem Alldagspragmatismus afferen däerfen.

Mäer welle kee grouse Nohaltegkeets- an Infrastrukturministère méi.

E wuar als Struktur en Echec. Firwat? Ma wëll e banalement ze grouss wuar, wëll d'Integratioun vun Nohaltegkeet an de ganze Ministère net genuch gelongen ass, wëll d'Stëmm vun der Ekologi awer u Stellewart verléiert wa se an engem grouse Ministère just ee kléngen Deel ass, wëll ganz banal och eng Chamberkommissioun iwwerfuert war. De Ministère war en échec well dem Thema vun der Nohaltegkeet en eegestännege Ministère zousteet! Mäer kloen eng **Kompetenzbündelung** an déi sennvoll ass, nohaltig Entwécklung, Klima, Energie, Ëmwelt an engem ërem eegestännege Ministère! Esou gutt mäer mat engem delegéierten Minister Marco Schank schwätze konnten an eng Rei Demarche vun him geschätzt hunn, esou problematesch wuar eist Verhältnis mam Minister selwer. Datt hien net méi op eis Overture kënnt well e soi-disant aner Verpflichtungen hätt - och wann hien eis alles guddes wënscht -, wa mäer via Affekt bei him Äntwerten op normal Bréiwer akloen hu musse, ass sécherlech engem gudder Verständnis tëscht enger ONG a sengem Ministère de tutelle net förderlech. Duerfir: mäer brauchen nees ee Minister wou zur der Cause steet a net an Dossieren ënnerschiddlech Rollen vertriebe muss!

Simplification administrative net op Käschten vun ökologeschen a sozialen Acquisën

Mäer wäerten als Meco an 1-2 Woche konkret Propose maachen, ma elo awer schon e puer Wuert. Datt Pro-

zeduren ze laang sinn zu Lëtzebuerg, do ass Konsens. Datt et ze laang dauert asw. asf. och. Ma wat elo deelweis ugeduet gëtt, datt deelweis gemaach gëtt wéi wann d'Ekologi oder d'Leit de Problem wäeren ass wierklech net zoulässeg. An et kann een och net beéides soen: datt Leit solle méi agebonnen ginn an an dësem Dossier parallel hier Rechter sollen agegrenzt... Ech wëll bewusst Kloertext schwätzen, och wann et zeréckgekuckt ass. Et wuaren *net* déi ominéis Mécken a Päiperleken wou e Problem wuaren bei enger Industriezon zu Péiteng, et wuar wëll do 2 Ministère net den Telefon an d'Hand geholl a gekuckt hunn, datt den Dossier viru geet. Den Dossier gouf ganz einfach verschleeft. De Funktionnement vun den Institutionen, vum Staat ass de Problem! Net eng Méckenart! Zu Beetebuerg koum de Projet vum Logistikcenter net séier genuch virun: et wuar och do kéng Prozedur, ma et wuar ënner anerem well e Wirtschaftsminister eng juristisch Etude an Optrag ginn hat, wou 6 Méint gedauert a bestëmmt jet kascht huet, an d'äer gekuckt gouf wéi e Prozeduren kann *emgoën*. An der Zäit vun der Etude wär d'Prozedur laang duergelaaf gewiecht. Wëll en plus wat huet d'Etude erginn: d'Prozedur mussen agehale ginn, och wéinst EU-Virgaben! Firwat ech dat esou bestëmmt soen? Ma well et net ka sinn mam Fanger op déi falsch ze weisen wann déi simplification administrative kennt. An déi wirklech Verbesserung wou musse kommen sinn: Zesummeschaffe Ministère, Transparenz, sécherlech och harmoniséiert Gesetzer wou Widerspréich, Stolpersteng tëscht Gesetzer ausgeraumt ginn, ma dach net en Zeréckbau vu Rechter vu Leit! Wann ech héieren, datt zumindest eng Partei fuerdert „silence vaut accord“, d.h. wann eng Genehmigung ugefrot gett an endéans engem bestimmten Délai kritt ee keng Äntwert, da gëllt d'Genehmigung erdeelt. Wat heescht dat am Eenzelfall? Schlecht Grenzwäerter? Schied fir d'Allgemengheet? Huet e Bierger, d'Ëmwelt d'Konsequenzen dervun ze droen wann eng Verwaltung ze lues schafft? Dat ka net d'Aentwert sinn, da muss de Staat einfach besser schaffen! An ech sot et eng Kéier an engem Interview: wann hei Rechter vu Leit an Acquisen am Umweltberäich a soziale Beräich a Fro gestallt sollte ginn, da gi mäer op d'Strooss! Well hei geet et ëm de Fong!



Die BauSchau über sinnvolle Fassadendämmung, das „Forum“ wo Aussteller neuen Produkte präsentierten oder der Stand des Projektes „Oekotopfen“... die vielfältigen Informationsmöglichkeiten die das Oekozenner Pafendall dieses Jahr bereitstellte, traf auf viele interessierte Messebesucher.

Nachhaltige Entwicklung als Thema der Wahlkampagne:

Parteiübergreifender Konsens über neue politische Akzente – Meinungsunterschiede in grundsätzlichen Fragen

In diesem Kéisecker-Info finden Sie auf 4 Seiten die Resultate der Umfrage zur nachhaltigen Entwicklung, die der Mouvement Ecologique an die politischen Parteien gerichtet hatte. Die breite Zustimmung zu den Vorschlägen des Mouvement Ecologique ist bemerkenswert.

Wenn man davon ausgeht, dass Wahlversprechen auch eingelöst werden, liegen demnach zentrale Themen eines zukünftigen Koalitionsabkommens im Bereich nachhaltige Entwicklung bereits fest...unabhängig davon, welche Parteien die Koalition bilden werden.

Keine Übereinstimmung in einigen grundsätzlichen Fragen

Interessant sind jedoch auch Unterschiede zwischen den Positionen der Parteien. Spalten tut vor allem die Frage der modernen Stadtbahn, gegen die sich die Piratepartei, die KPL, die ADR aussprechen (Enthaltung der PID). Umstritten ist aber z.B. auch das Vorkaufsrecht seitens der öffentlichen Hand im Interesse des Naturschutzes oder des Wohnungsbaus (kritische bzw. negative Haltung von DP und Piratepartei). Interessant auch die Punkte, wo Parteien keine Aussage machten, wie z.B. die CSV was den Stellenwert

des Nachhaltigkeitsplanes, nachhaltige Steuerreform... anbelangt. Ein detaillierter Blick auf die Antworten lohnt sich demnach.

Über die Antworten der Parteien auf den Fragekatalog hinaus, ist eine Analyse der Parteiprogramme bzw. der Wahldebatten aufschlußreich. Dabei lassen sich nämlich drei aus der Sicht des Mouvement Ecologique besonders zentrale Themenfelder der nachhaltigen Entwicklung herauschälen, bei welchen es doch bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Parteien gibt.

- Verschiedene Parteien sehen das Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für die Sicherung des Sozialsystems sowie als ein oberstes gesellschaftspolitisches Ziel an. Andere hingegen hinterfragen das Wachstumsdogma in der Form bzw. setzen sich für andere Instrumente zur Absicherung der Sozialsysteme ein. Konsens besteht aber grundsätzlich über die Wichtigkeit der Schaffung von "green jobs". Angesichts der Bedeutung der Fragestellung lohnt sich ein detaillierter Blick in die Programme demnach absolut.

- Interessant sind auch die Unterschiede betreffend das hochaktuelle Thema "Bürgerbeteiligung – Zugang zu Informationen". Alle Parteien treten zwar für ein verbessertes Verhältnis zwischen Staat und BürgerInnen ein, doch die Ansprüche und die Ausrichtung variieren. Ist für die einen das Referendum bzw. formale Anhörungs-

prozeduren schon die ultimative Bürgerbeteiligung, so sprechen sich andere darüber hinaus für aktive Prozesse der Bürgerbeteiligung aus.

- Die "simplification administrative" dürfe – so alle Parteien in der Umfrage des Mouvement Ecologique – nicht auf Kosten von Ökologie/Naturschutz und Bürgerrechten gehen. Allerdings benennen die Parteien z.T. Instrumente, die doch eine gewisse Skepsis aufkommen lassen... Dies gilt z.B. für die Beteiligungsverfahren der Öffentlichkeit, die Verallgemeinerung von verbindlichen Normen für Betriebe, deren Einhaltung (erst) nachträglich überprüft werden soll (also nicht im Rahmen einer öffentlichen Prozedur). Oder die Einführung des Prinzips "silence vaut autorisation" (antwortet die Verwaltung nicht binnen einer gesetzlich vorgeschriebenen Frist, käme dies der Genehmigung eines Antrages gleich).

Es lohnt sich, die Parteiprogramme auf diese und andere grundsätzlichen Fragen zu analysieren, um in der Wahlkabine seine Stimme im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung abzugeben.



BürgerInnen für mehr Demokratie und weitsichtigerere Zukunftsplanung: Interessante Resultate einer Umfrage anlässlich der Oekofoire 2013

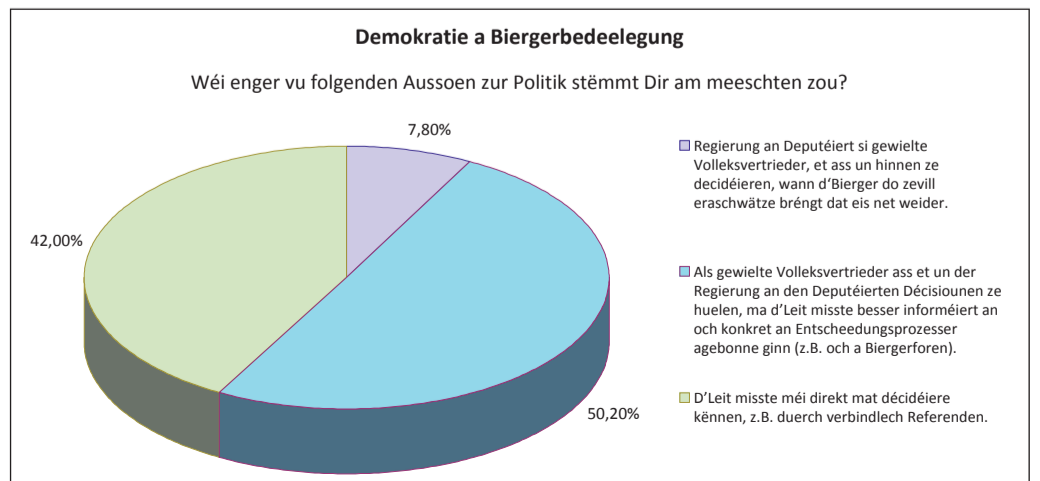
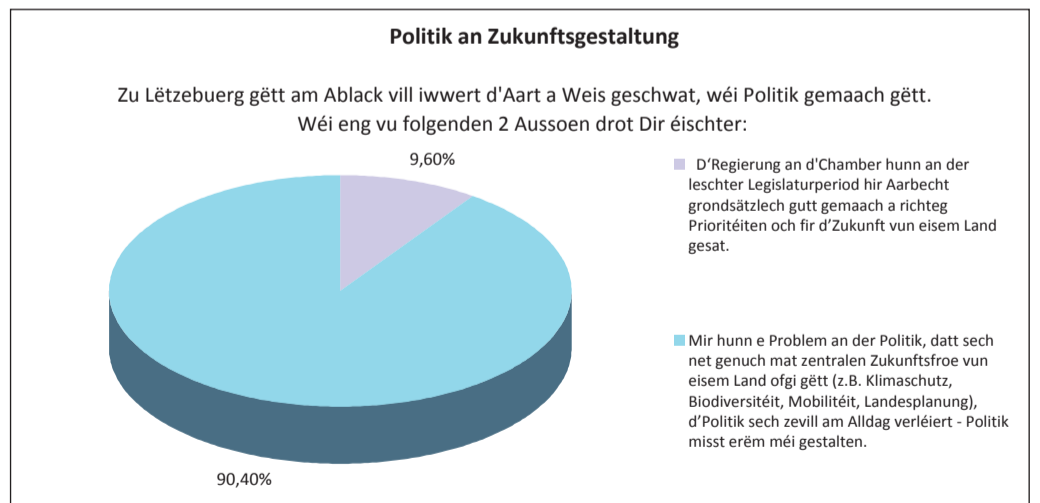
Mehr Zukunftsgestaltung, eine bessere Bürgerbeteiligung, für einen realen Schutz von Natur und Landschaft ... und die Wachstumsideologie hinterfragen, so die zentralen Resultate einer Umfrage, die der Mouvement Ecologique anlässlich der Oekofoire durchführte und an welcher sich gut 900 BesucherInnen beteiligten. Wenngleich diese Umfrage sicherlich nicht als repräsentativ angesehen werden kann, sind die Resultate doch sehr interessant.

Politik verliert sich im Alltag - setzt sich nicht genug mit zentralen Zukunftsfragen auseinander: die Meinung von über 90%

Lediglich 9,6% der TeilnehmerInnen sind der Ansicht, die Regierung und Abgeordneten hätten grundsätzlich eine gute Arbeit geleistet und die richtigen Prioritäten gesetzt. Rund 90% sahen dies hingegen anders und bejahten folgende Aussage: „Mir hunn e Problem an der Politik, datt sech net genuch mat zentralen Zukunftsfrage von eischem Land ofgi gëtt (z.B. och Klimaschutz, Biodiversitéit, Mobilitéit, Landesplanung asw.), d'Politik sech zevill am Alldag verléiert - Politik misst erëm méi gestalten.“ **Eine Einschätzung der BürgerInnen, die doch sehr zu denken gibt!**

Bessere Information und Einbindung der BürgerInnen in Entscheidungsprozesse: die Erwartung von 92%

In einer zweiten Fragestellung, sprachen sich die TeilnehmerInnen eindeutig für mehr Bürgerbeteiligung aus! Nur 7,8% waren der Überzeugung, politische Vertreter sollten als gewählte Akteure alleine entscheiden, zuviel Mitsprache würde nichts bringen. 92% jedoch sprachen sich für eine weitgehendere Bürgerbeteiligung aus. Wobei von diesen die Mehrheit (55%) für eine bessere Information und Einbindung in Entscheidungsprozesse (z.B. auch mittels Bürgerforen) eintritt und 45% den BürgerInnen reelle Entscheidungsbefugnisse via Referendum einräumen will. Deutlicher kann hier wohl kaum eine Umkehr in der Art und Weise der Politikgestaltung eingeklagt werden! **Die nächste Regierung muss in Sachen BürgerInnenbeteiligung einen regelrechten Paradigmenwechsel durchführen!**



Umfrage

Natürliche Lebensgrundlagen erhalten - auch in Krisenzeiten!

Äusserst aufschlussreich waren aus der Sicht des Mouvement Ecologique auch die Einstellungen zum Stellenwert des Natur- und Landschaftsschutzes. Gefragt wurde, ob in Prozeduren der Anspruch des Natur- und Landschaftsschutzes zu stark sei. 87% erteilten dieser Aussage eine klare Absage und traten für einen starken Natur- und Landschaftsschutz ein, unterstützten folgende Aussage: „*Biodiversitéit, den Erhalt vun eiser Natur a Landschaft muss eng gewëss Prioritéit hunn, mir hannerloosse si jo eise Kanner. Fir mech heescht dat, datt - je nodeem - bestëmmte Projeten net oder anescht / op enger anerer Plaz musse gemaach ginn.*“. Lediglich 13% waren der Überzeugung, Natur und Landschaft müssten gerade in Krisenzeiten auch hintenangestellt werden. **Der politische Diskurs ist derzeit weniger eindeutig... die Einstellung so manchen Bürgers jedoch umso deutlicher!**

BürgerInnen offen für Reformen - aber auch unabhängig davon sollte die Politik handeln, so die Überzeugung der Mehrheit!

Interessant ist aber auch die Einschätzung der TeilnehmerInnen gegenüber ihrem eigenen Verhalten resp. der Einstellung der Gesellschaft. Inwiefern sind wir alle in der Realität wirklich bereit, Veränderungen in die Wege zu leiten, so die Fragestellung. 39,5% glauben an diese Bereitschaft, unter der Voraussetzung, dass die Veränderung ökologisch sinnvoll und in einem sozial gerechten Rahmen gestaltet ist. 14,9% denken hingegen, dass der grundsätzliche Wille bei den BürgerInnen fehlt. Die Aussage, welche die Ambivalenz der BürgerInnen anerkannte und unabhängig davon politisches Handeln einforderte, fand die grösste Zustimmung: „*D'Wourecht läit téschent den zwou éischten Aussoen, ma dat soll d'Politik net ofhale Reformen aus ekologescher Siicht unzegoen, déi och sozial gerecht sinn.*“. **Demnach: auch hier ein deutlicher Handlungsauftrag an die Politik: Geht die Reformen endlich sozialgerecht und ökologisch an! Versteckt euch nicht hinter vermeintlich fehlender Akzeptanz! (lediglich 2,7% sahen übrigens keinen Reformbedarf).**

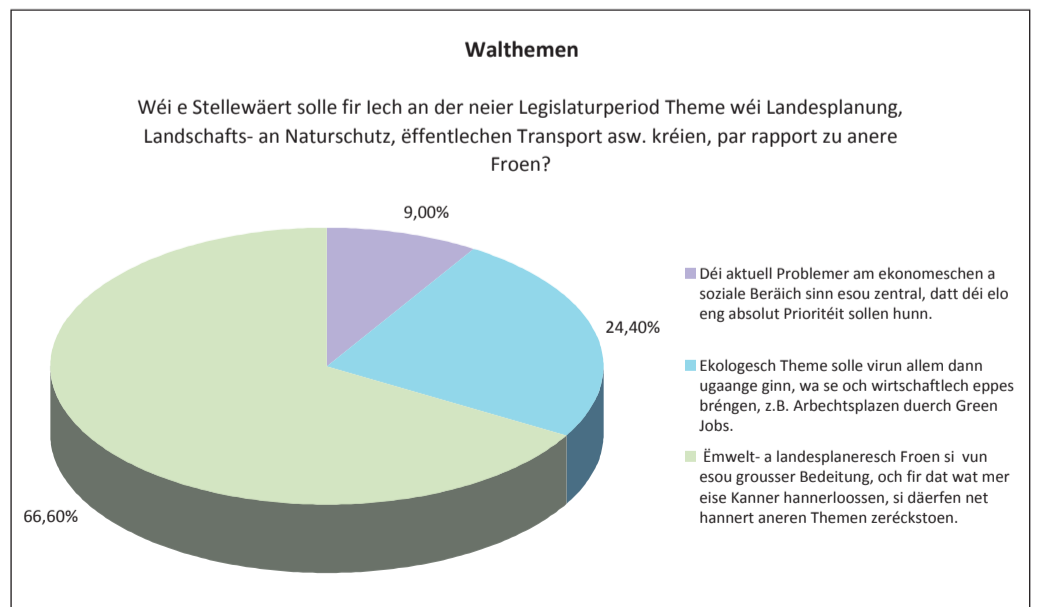
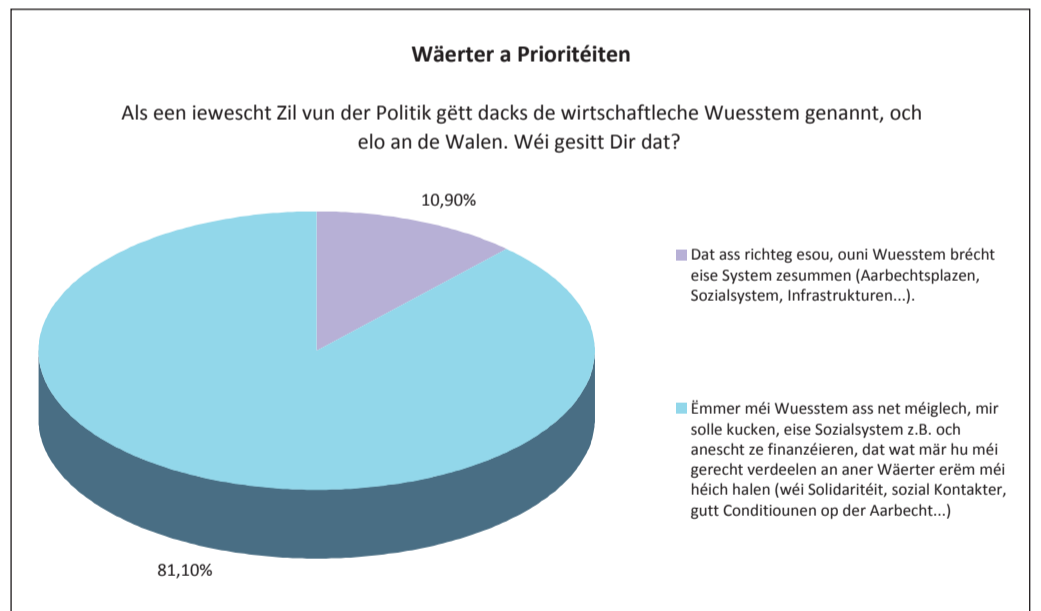
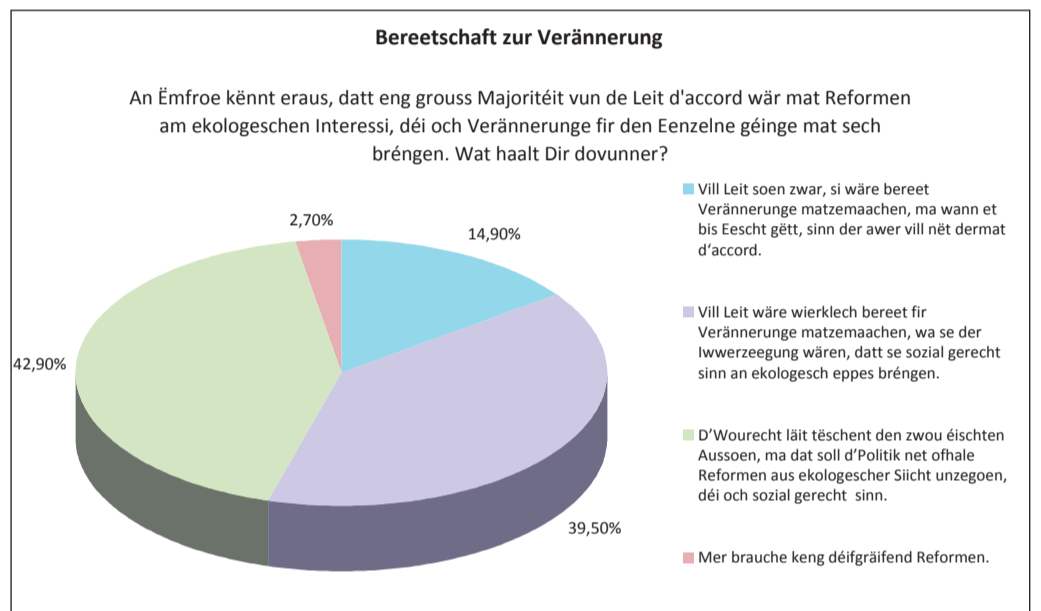
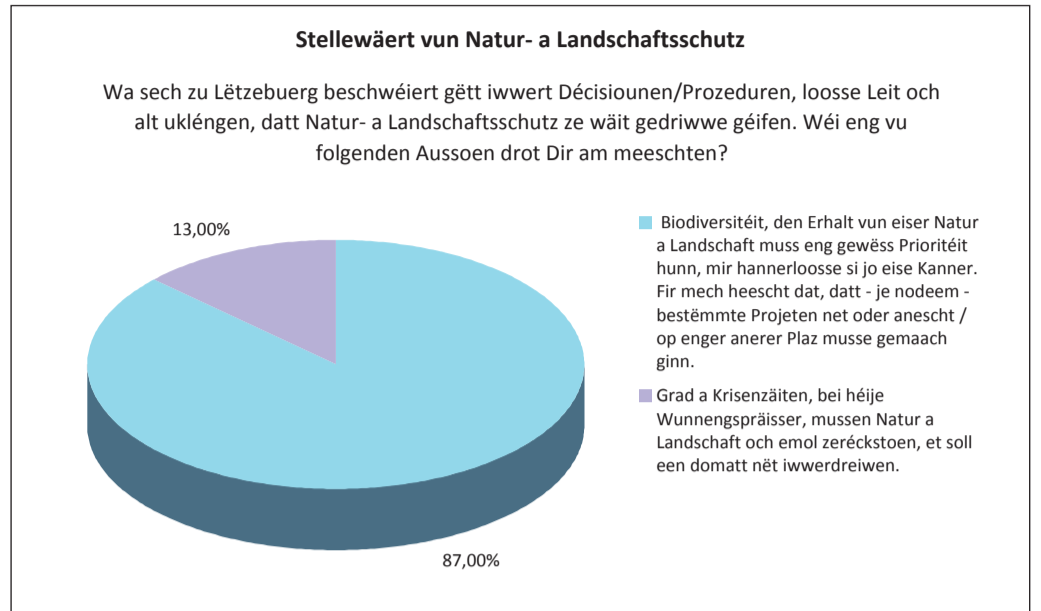
Wachstumsdogma hinterfragen - andere gesellschaftliche Werte fördern: deutliches Bekenntniss von 89%

Spannend ist natürlich wie die BürgerInnen die Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums einschätzen, welches jetzt im Wahlkampf von so mancher Partei derart hochgehalten wird. Findet dies die Zustimmung der Teilnehmenden? Ja sagen 10,9%, da ansonsten u.a. unser Sozialsystem zusammenbrechen würde. Nein sagen aber 89,1% und teilen folgende Aussage: „*Émmer méi Wuesstem ass net méiglech, mir solle kucken, eise Sozialsystem z.B. och anescht ze finanzéieren, dat wat mär hu méi gerecht verdeelen an aner Wäerter erëm méi héich halen (wéi Solidaritéit, sozial Kontakter, gutt Conditionen op der Aarbecht...).*“ **BürgerInnen fordern somit neue Prioritäten der Politikgestaltung und scheinen eher als so mancher politisch Verantwortliche zu erkennen, dass Umdenken Not tut.**

90,4% für höheren Stellenwert von ökologischen Themen in der nächsten Legislaturperiode!

Lediglich 9% der Befragten geben an, angesichts der aktuellen Probleme im ökonomischen und sozialen Bereich müssten diese eine absolute Priorität erhalten und Themen wie Landesplanung, Landschafts- und Naturschutz und öffentlicher Transport sich diesen unterordnen. 24,4% sind der Überzeugung, ökologische Themen sollten vor allem dann angegangen werden, wenn Sie auch aus wirtschaftlicher Sicht von Vorteil wären (z.B. Schaffung von green jobs). 66,6% unterstützen die weitreichendere Aussage: „*Émwelt- a landesplaneresch Froen si vun esou grousser Bedeitung, och fir dat wat mer eise Kanner hannerloossen, si dierfen net hannert aneren Themen zeréckstoen.*“. **Demnach auch hier ein eindeutiger Handlungsauftrag an die nächste Regierung.**

Im Vorfeld der Wahlen, bestätigen die Resultate dieser (nicht repräsentativen) Umfrage die Notwendigkeit einer verstärkten Auseinandersetzung mit grundsätzlichen Fragen unserer Gesellschaft und ihrer Zukunftsgestaltung.



Umfrage

Frage 10: Wirtschaft Tritt ihre Partei für folgende Schritte ein:	Déi Lénk	ADR	KPL	DP	Piratenpartei	Déi Gréng	LSAP	CSV	PID
40. Eine strukturierte Grundsatzdebatte über die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Luxemburg unter dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung u.a. zur Beantwortung folgender grundsätzlicher Fragen: * Welches Wachstum wird angestrebt – welche steuernden Instrumente können effizient eingesetzt werden? * In welchen Bereichen und auf welche Weise können verstärkt "Green jobs" geschaffen werden? * Wie eine Diversifizierung erreichen, auch um die Abhängigkeit vom Bankensektor und Tanktourismus zu reduzieren? * Wie Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt, aufgrund steigender Energiepreise u.a.m., antizipieren und Requalifizierungsmaßnahmen der betroffenen Arbeitnehmer in die Wege leiten?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
41. Stärkung und Ausbau regionaler Märkte sowie innovativer Maßnahmen zur Verknüpfung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem! Stichworte sind: Förderung regionaler Kreisläufe – regionaler Produkte (z.B. durch modellhafte Lastenhefte), Stärkung der regionalen Produktion (vom Biolandbau bis zur Holzverarbeitung), Förderung der Einrichtung von Tauschbörsen, der gemeinschaftlichen Nutzung von Gütern ...	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
42. Erstellung eines Strategieplanes "Energie- Material und Ressourceneffizienz" , um den Zielen der nachhaltigen Entwicklung gerecht zu werden und eine Entkoppelung der ökonomischen Aktivitäten vom Energie- und Materialverbrauch – als Basis einer zukunftsorientierten Wirtschaft – zu erreichen.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Frage 11: Landwirtschaft Steht ihre Partei dazu, dass	Déi Lénk	ADR	KPL	DP	Piratenpartei	Déi Gréng	LSAP	CSV	PID
43. Die biologische Landwirtschaft DIE Landwirtschaftspolitik der Zukunft ist und sie entsprechend ausgebaut werden soll, z.B. indem der Aktionsplan biologische Landwirtschaft erweitert und konsequent umgesetzt wird, dies mit dem Ziel bis zum Jahre 2020 mindestens einen Anteil von 10% Biolandbau in Luxemburg zu gewährleisten.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
44. Alle Akteure an der Erstellung des neuen "programme de développement rural" beteiligt werden und ein transparenter Prozess gewährleistet ist.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
45. Anstrengungen zur Diversifizierung der Landwirtschaft ergriffen werden, wie z.B. durch die Förderung von (neuen) Vermarktungsinitiativen (wie Milch vom Grünland, Aufbau von Verarbeitungsstrukturen), die Förderung regional und biologisch erzeugter Lebensmittel in Lastenheften sowie eine Verbesserung des Selbstversorgungsgrades Luxemburgs (besonders bei Eiweissfuttermitteln), die Nutzung von Produktionsnischen (z.B. Obst, Gemüse), die Unterstützung sinnvoller Biogasanlagen.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
46. Die Neuorganisation und Vereinfachung der Vielfalt an Luxemburger Labels , was auch den Rückzug des Labels Naturschutzfleisch bedeutet.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
47. Die Erstellung eines nationalen Planes zur Reduzierung der Pestizide in der Landwirtschaft unter Beteiligung der betroffenen Akteure – Landwirtschaft, Naturschutzorganisationen u.a.m..	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
6. Prozeduren und Entscheidungsprozesse in Luxemburg im Rahmen der "simplification administrative" vereinfachen und reformieren, jedoch ohne dass hierdurch in irgend einer Form die Rechte der BürgerInnen auf Mitsprache beschnitten oder aber ökologische Errungenschaften in Frage gestellt werden.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Frage 12: Umwelt- und Gesundheitsschutz Wird ihre Partei gewährleisten, dass:	Déi Lénk	ADR	KPL	DP	Piratenpartei	Déi Gréng	LSAP	CSV	PID
48. Die vorliegenden Audits zur Reform der Umweltverwaltung umgehend veröffentlicht und die Reform der Verwaltung im Sinne eines integrierten und präventiven Umwelt- und Gesundheitsschutzes schnellstmöglich durchgeführt wird.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
49. Umgehend von der neuen Regierung qualifizierte Fachleute damit beauftragt werden, u.a. im Sinne einer Harmonisierung von Prozeduren ein harmonisiertes Umweltgesetzbuch zu erstellen.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
50. Die staatliche Vorreiterrolle konsequent ausgebaut wird, indem zu Beginn der Legislaturperiode die Erstellung von zentralen Lastenheften im Beschaffungswesen , die sozialen und ökologischen Kriterien Rechnung tragen sollen, beschlossen und bis Mitte der Legislaturperiode umgesetzt wird;	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
51. Bewusst eine grundsätzliche Aufwertung des präventiven Umwelt- und Gesundheitsschutzes in Zusammenarbeit vom Umwelt- und Gesundheitsministerium entschieden angegangen wird, indem z.B. eine konsequente Überarbeitung der (veralteten) Betriebsgenehmigungen erfolgt, verbunden mit einer gezielten Beratungsarbeit; mittels Luftreinhalteplan eine Reduktion der Luftschadstoffe angestrebt; eine reelle Prioritätensetzung auf die Abfallvermeidung gelegt; ein Aktionsplan "Reduktion der Lärmbelastungen" erstellt; ein Maßnahmenkatalog zur Reduktion der Lichtverschmutzung in die Wege geleitet wird.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
52. Eine Strategie zur Sanierung der Altlasten Luxemburgs erfolgt: dies nach einem konkreten Prioritäten- und Finanzierplan.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
53. Grundsätzlich für eine Neugewichtung der Gesundheitspolitik im Sinne des vorsorgenden Gesundheitsschutzes Sorge getragen wird, * durch entsprechende Reformen der Strukturen (noch stärkere Ausrichtung der Arbeiten / Beratung der Krankenkassen im Sinne der Gesundheitsprävention, Kostenrückerstattungen für gewisse vorbeugende Maßnahmen, auf Zielgruppen orientierte Sensibilisierungskampagnen...) * durch einen Aktionsplan Gesundheitsförderung und -prävention für alle Bevölkerungsschichten auch in den Gemeinden (Stichworte sind: gesundheitsfördernde Lebenswelten, empowerment, Präkarisierung vermeiden).	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>